

➔ www.dvgw.de

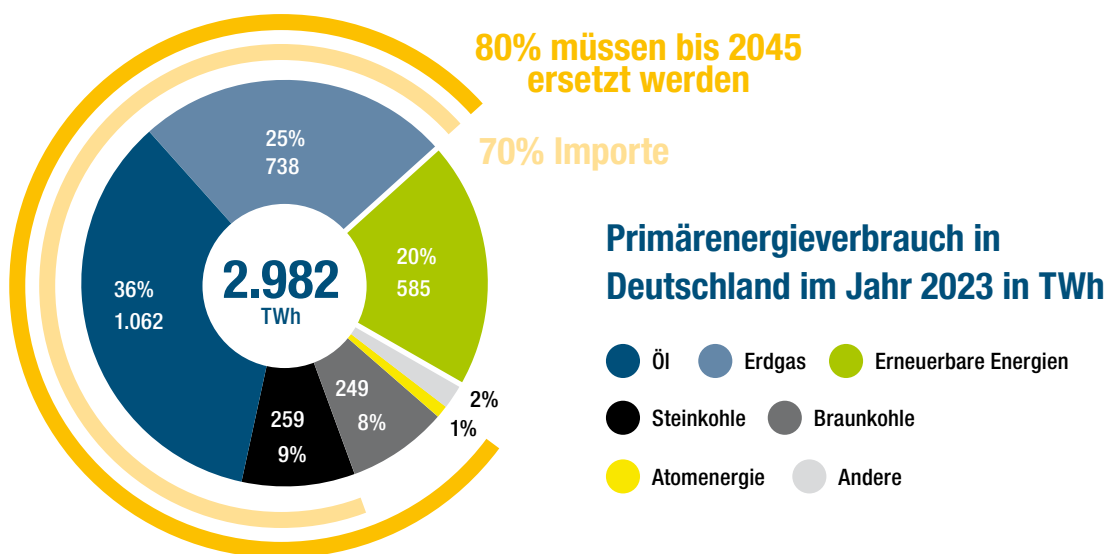
Energiepolitisches Forderungspapier

Neue Gase, neue Chancen: Deutschlands Weg zur Klimaneutralität



Neue Gase, neue Chancen: Deutschlands Weg zur Klimaneutralität

Moleküle sind das Rückgrat unserer Energieversorgung. Sie decken heute 80 Prozent unseres Energiebedarfs. Zwar werden sich im Zuge der Energiewende die Anteile von Molekülen und Elektronen in der Energieversorgung annähern. Der größere Teil der Energieversorgung wird aber weiterhin in Form von Molekülen erfolgen. Fossile Energieträger wie Erdgas und Erdöl werden dabei durch klimaneutrale sogenannte Neue Gase wie Wasserstoff, seine Derivate und Biomethan ersetzt.



Wir brauchen Neue Gase für die stoffliche Nutzung in der Industrie, für schwer elektrifizierbare Energieverbräuche und zur Absicherung der Strom- und Wärmeversorgung. Neue Gase schaffen zudem Lösungsräume für Bereiche mit Energiespeicherbedarf wie Verkehr und Gebäudewärme, wo noch unklar ist, wie die künftige Verteilung der Energieträger ausfallen wird.

Wasserstoff, seine Derivate und Biomethan sind essenzielle Bausteine der Energiewende. Mit ihnen können wir Wirtschaftswachstum ermöglichen und Arbeitsplätze sichern, Versorgungssicherheit gewährleisten und Klimaschutzziele erreichen.

Die Bundesregierung muss dringend mehr Augenmerk auf die realen Herausforderungen der Transformation

der Energiewirtschaft legen. Es fehlen klare Rahmenbedingungen, die zum Gelingen der Energiewende notwendig sind. Insbesondere muss das Angebot an Neuen Gasen erhöht, die Gasinfrastruktur für Neue Gase weiterentwickelt und die Nachfrage nach ihnen angereizt werden.

Durch entschlossenes Handeln und das Nutzen aller Technioptionen kann die neue Bundesregierung die Energiezukunft erfolgreich gestalten und für kommende Generationen eine sichere, umweltfreundliche und bezahlbare Energieversorgung gewährleisten. Dabei ist es entscheidend, Maßnahmen so zu gestalten, dass sie die bestmögliche Wirkung auf die gesamte Wirtschaft haben. Kleinteiligkeiten sollten vermieden bzw. der Umsetzungsstärke der betroffenen Branchen überlassen werden.

Energiepolitische Handlungsempfehlungen für die 21. Legislaturperiode

Für eine stabile, zuverlässige und erfolgreiche Transformation hin zu einer nachhaltigen, bezahlbaren und sicheren Energieversorgung mit Neuen Gasen müssen folgende Maßnahmen in der nächsten Legislaturperiode schnellstmöglich umgesetzt werden:

Angebot erhöhen: Technologische Vielfalt fördern und regulatorische Sicherheit schaffen

01

Eine zentrale Frage sowohl für Investoren als auch für Infrastrukturbetreiber ist, wie die ausreichende Versorgung mit Neuen Gasen gewährleistet werden kann. Da Deutschland weiterhin Energieimportland bleiben wird, müssen Importmöglichkeiten ausgebaut werden. Gleichzeitig ist es wichtig, die heimische Produktion zu forcieren. Beides ist mit den nötigen Anfangsinvestitionen verbunden, die Anreize, ein langfristig planbares Marktumfeld und einen verlässlichen Ordnungsrahmen brauchen und die sich am Ende rentieren werden.

Um Angebot und Produktion zu erhöhen, fordern wir:

- ➔ das Internationale Förderinstrument H2Global um eine regionale Förderung in Deutschland (H2Regional) zu erweitern, das Finanzierungsrisiko zu senken und damit die Erzeugung und den Handel von Wasserstoff in der Region weiter anzureizen. Hiermit kann die lokale Wertschöpfung und der Mittelstand unterstützt und letztlich die Energiewende für kleine und mittlere Unternehmen eingeleitet werden,
- ➔ die Förderung von Forschung und Technologieentwicklung für die Synthese von Derivaten und die Rückgewinnung von Wasserstoff, um Importmöglichkeiten zu verbessern,
- ➔ Importallianzen umzusetzen und europäische und internationale Energiepartnerschaften zu schließen, auch um die Diversifizierung unserer Beschaffung zu stärken,
- ➔ importierten und heimisch produzierten blauen Wasserstoff zu fördern und die Marktfähigkeit zu vereinfachen, um das hier schlummernde Potenzial eines rasanten Up-Scalings zu heben,
- ➔ einen nachhaltigen Regulierungsrahmen für Carbon Management zu schaffen, der die Grundlage eines Circular-Economy- und Nachhaltigkeitsansatzes darstellt, und die damit einhergehende Forschung – insbesondere zur Erzeugung von türkischem Wasserstoff – zu intensivieren,
- ➔ eine Lockerung und Vereinfachung der aktuell zu engen Vorgaben für erneuerbaren (RED III) und kohlenstoffarmen Wasserstoff (EU-Gasbinnenmarktpaket) anzustreben,
- ➔ das heimische Potential für Wasserstoff aus Erneuerbaren Energien freizusetzen durch Entgeltabschaffung für nicht geleistete Arbeit (keine Blindleistung entschädigen und Re-Dispatchkosten senken),
- ➔ das nachhaltig verfügbare deutsche Biogaspotential sicherzustellen und mehr Gas wirtschaftlich in die Netz-Einspeisung zu überführen,
- ➔ Genehmigungsverfahren zu entschlacken,
- ➔ gemeinsam mit anderen Mitgliedsstaaten in den Dialog mit der EU-Kommission zu treten und eine europäische Synchronität in der Umsetzung anzustreben.

Mit dem Wasserstoff-Kernnetz wurde ein wichtiger erster Schritt für die Transformation zu einer klimafreundlichen Energieversorgung getan. Als nächstes muss die Verteilnetzplanung angegangen werden, die – wie die Kernnetzplanung auch – in weiten Teilen aus einer Überführung der Erdgasinfrastruktur in eine solche für die Neuen Gase besteht.

Die Erdgasverteilnetze versorgen heute rund 2 Millionen Industrie- und Gewerbebetriebe, etwa die Hälfte der Gaskraftwerke und knapp 20 Millionen Haushalte, und müssen zukünftig den Wasserstoff dorthin bringen, wo er benötigt wird. Es ist von zentraler Bedeutung, dass Deutschland als Industrieland flächendeckend mit Wasserstoff versorgt wird.

Die Kosten für die Umstellung des heutigen Erdgasverteilnetzes belaufen sich auf etwa 4 Milliarden Euro bis 2045. Hauptgrund für die relativ geringen Aufwände ist die Tatsache, dass circa 97 Prozent der bestehenden Leitungen heute schon H₂-ready sind. So reagieren sie beispielsweise in Sachen Verschleiß auf Wasserstoffmoleküle genauso wie auf Methan. Lediglich Verdichter und Mess- und Prüfstationen müssen ausgetauscht werden. Erdarbeiten sind nicht notwendig, was insbesondere in urbanen Räumen von großer Bedeutung ist.

Zudem müssen Wasserstoffspeicher aufgebaut werden, um saisonale Nachfrageschwankungen auszugleichen und als Puffer in Krisensituationen zu dienen. Nur so können die Resilienz des Energiesystems und die Versorgungssicherheit gewährleistet werden.

Um die Infrastrukturentwicklung für Neue Gase zu sichern, fordern wir:

- ➔ die Kosten für die Herstellung der H₂-Readiness der Verteilnetze von Anfang an regulatorisch anzuerkennen,
- ➔ die Netztransformationauflagen des EU-Gasbinnenmarktpakets in nationales Recht synchronisiert mit den Nachbarstaaten umzusetzen,
- ➔ den Zubau von Speichern über eine Regulierung oder staatliche Unterstützung anzureizen. Der Speicheraufbau muss zeitgleich zum Netzausbau vorgenommen werden und fester Bestandteil der deutschen Wasserstoffstrategie werden. Es darf hier kein versorgungstechnischer Flaschenhals entstehen,
- ➔ begleitend eine CO₂-Infrastruktur aufzubauen – für die Wasserstoff-Herstellung vor Ort und den CO₂-Abtransport.

Neben der Angebotserhöhung und der Infrastrukturstärkung müssen auch der Markt selbst und die Nachfrageseite adressiert werden: Auf das spartenübergreifende starke Interesse an Wasserstoff ist mit der Schaffung der Marktfähigkeit zu antworten. Es darf keine weitere künstliche Verknappung der neuen Energieträger durch regulatorische Auflagen geben, die einer Transformation zuwiderlaufen und diese Gase verteuern. Nur so kann die erhöhte Anfangsförderung reduziert und ein echter Markt entwickelt werden.

Dafür müssen Neue Gase in allen Anwendungsbereichen berücksichtigt werden (Industrie, Gewerbe und Privatkunden und bei der Absicherung der Stromversorgung). So sollten nachhaltige Energieträger und Heiztechnologien bei der Transformation zur klimaneutralen Energie- und Wärmeversorgung eingeschlossen werden. Auch dezentrale Kraft-Wärme-Kopplungs(KWK)-Anlagen mit Wasserstoff und Biomethan sind notwendig, um die lokale Wärmeversorgung zu sichern, die Stromverteilnetze zu entlasten und Schwankungen der Stromerzeugung aus Erneuerbaren Energien auszugleichen.

Um die Nachfrage nach Neuen Gasen anzureizen, fordern wir:

- ➔ Nachfrageanreize über die Umsetzung von Quoten und Mengenzielen zu setzen,
- ➔ einen konsistenten Ordnungsrahmen für Energiewirtschaft (EnWG), kommunale Wärmeplanung (WPG) und Wärmeherzeugung in Gebäuden (GEG) zu schaffen,
- ➔ insbesondere das GEG neu und realistisch zu gestalten (etwa durch einen technologieoffenen Ansatz, der Emissionsminderungen vorschreibt, die durch eine kumulative Anrechenbarkeit baulicher und energetischer Maßnahmen nachgewiesen werden),
- ➔ das Konzept der Kommunalen Wärmeplanung zu einem Konzept einer Kommunalen Energieplanung weiterzuentwickeln, das sowohl Machbarkeiten berücksichtigt als auch wichtige Zweige wie die Industrie nicht ausschließt,
- ➔ das Kraftwerkssicherheitsgesetz (KWStG) und Kraft-Wärme-Kopplungsgesetz (KWKG) weiterzuentwickeln und anhand von realistischen – d.h. die verfügbaren Ressourcen berücksichtigenden – Zubauplanungen umzusetzen.

Als anerkannter Regelsetzer steht der Deutsche Verein des Gas- und Wasserfaches e.V. (DVGW) bei der Umsetzung dieser Forderungen mit seinem technisch-wissenschaftlichen Know-how und der Expertise seiner Institute und rund 14.000 Mitgliedern als Berater und Experte zur Verfügung.

Der **DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.** fördert das Gas- und Wasserfach mit den Schwerpunkten Sicherheit, Hygiene und Umweltschutz. Mit seinen rund 14.000 Mitgliedern erarbeitet der DVGW die allgemein anerkannten Regeln der Technik für Gas und Wasser. Klimaneutrale Gase und insbesondere der Zukunftsträger Wasserstoff sind in der Arbeit des DVGW von besonderer Bedeutung. Der Verein initiiert und fördert Forschungsvorhaben und schult zum gesamten Themenspektrum des Gas- und Wasserfaches. Darüber hinaus unterhält er ein Prüf- und Zertifizierungswesen für Produkte, Personen sowie Unternehmen. Die technischen Regeln des DVGW bilden das Fundament für die technische Selbstverwaltung und Eigenverantwortung der Gas- und Wasserwirtschaft in Deutschland. Sie sind der Garant für eine sichere Gas- und Wasserversorgung auf international höchstem Standard. Der gemeinnützige Verein wurde 1859 in Frankfurt am Main gegründet. Der DVGW ist wirtschaftlich unabhängig und politisch neutral. Mit neun Landesgruppen und 62 Bezirksgruppen agiert der DVGW auf lokaler sowie überregionaler Ebene und ist in der ganzen Bundesrepublik vertreten. Themen mit bundesweiter oder europäischer Dimension werden durch die Hauptgeschäftsstelle in Bonn mit Büros in Berlin und Brüssel abgedeckt.

www.dvgw.de

Impressum

Herausgeber

DVGW Deutscher Verein des Gas- und Wasserfaches e.V.
Technisch-wissenschaftlicher Verein
Josef-Wirmer-Straße 1–3 · 53123 Bonn
info@dvgw.de · www.dvgw.de

Ansprechperson

Frédéric Verrycken
Leiter Public Affairs
Frederic.Verrycken@dvgw.de

Gestaltung

mehrwert intermediale kommunikation GmbH, Köln · www.mehrwert.de

Bildnachweis

Titel: © adobestock/frank peters / © adobestock/vetrana